

SPD im 21. Jahrhundert: Partei der nachhaltigen Wertschöpfung ?

Joachim Bischoff

Nicht nur die Sozialdemokratie, auch die anderen im Parlament vertretenen Parteien, sind dabei ihre Grundsatzprogramme zu erneuern. Dies kann als Indiz für einen gesellschaftlichen Wandel genommen werden, der die politischen Akteure zu einer Anpassung oder Neubestimmung ihrer Zielsetzungen veranlasst. Allerdings werden Parteiprogramme von den Akteuren überwiegend als weniger wichtig eingeschätzt. Außer von wenigen herausragenden Ausnahmen – Z.B. das SPD-Programm von Bad Godesberg, das Freiburger Programm der FDP von 1971 - hätten Parteiprogramme keinen großen Effekt auf die parteiinterne und öffentliche Willensbildung. Parteiprogramme werden in den Regel von Experten ausgearbeitet; in ihnen wird eine grobe Zeitdiagnose und eine angestrebte Entwicklungsrichtung umrissen; politisch relevant werden sie nur in Verbindung mit dem politischen Alltagshandeln der Partei.

Im >Bremer Entwurf< für ein neues Grundsatzprogramm heißt es : wir erleben „den tiefsten geschichtlichen Umbruch seit der industriellen Revolution – politisch und wirtschaftlich, sozial und kulturell.“(Bremer Entwurf 4) Der Parteivorsitzende Beck interpretiert: „Gut möglich, dass wir Zeugen einer Epochenwende sind, die mit der Wucht der industriellen Revolution vergleichbar ist. Das zu erkennen und die politischen Schlüsse daraus zu ziehen, ist die Aufgabe unserer Generation.“(Beck 2007,12)

In der Vergangenheit hätte sich die Sozialdemokratie bemüht, diesem Gefühl einer Umbruchkonstellation oder einer Epochenwende auf den Grund zu gehen. In dem >Bremer Entwurf< wird es bei einer allgemeinen Beschreibung der so genannten Mega-Trends belassen – Übergang in eine wissensbasierte Ökonomie, Veränderung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und Globalisierung, sowie die Verschiebung in der demografischen Entwicklung. Weshalb aus diesen Mega-Trends eine Verschärfung in den Verteilungsverhältnissen resultiert, weshalb die Veränderung des Altersaufbaus der Gesellschaft diese Verteilungskonflikte weiter verschärft, wird nicht ausgewiesen.

Es läge nahe, bei einer solch dramatischen Einschätzung des gesellschaftlichen Strukturwandels einen Blick auf die Reaktionen der WählerInnen und der eigenen Mitgliedschaft zu werfen. Aus welchen Gründen auch immer ist eine selbstkritische Bestandsaufnahme für die Ausarbeitung eines neuen Grundsatzdokuments kein Thema, obwohl entsprechende Materialien in der Partei vorhanden sind.

Mitgliederentwicklung

Die Partei zählte Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhundert über 1 Million Mitglieder. Seither setzt sich in unterschiedlichem Tempo ein Niedergang durch. 1998 bei der Bildung der rotgrünen Regierungskoalition zählte die Partei noch 775 000 Köpfe. Die Agenda 2010 mit den Hartz-Gesetzen führte zu einer deutlichen Erhöhung der Austrittsbewegung. Ende 2006 hatte die Partei noch 561 239 Mitglieder; der Frauenanteil liegt bei knapp 31 Prozent. Betrachtet man aktuelle die Altersstruktur, so zeigt sich zugleich eine Erhöhung des Durchschnittsalters, das bei 57 Jahren liegt. Mit 143 262 Mitgliedern stellen die Rentner und Pensionäre die größte Gruppe, was einem Anteil von 25,5 Prozent entspricht. Auf die Altersgruppe

60-plus entfielen 252 856 Mitglieder, was – wie bei anderen Parteien auch- auf eine Überalterung hinweist. Zwar stellen die Mitglieder über 60 Jahren fast die Mehrheit der Mitglieder, aber in der Interessenvertretung – siehe Verschlechterung der Altersrenten, Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre etc. – spielt dies keine Rolle. Über die Zusammensetzung der Mitglieder sind keine weiteren Daten zugänglich. Bekannt ist seit längerem, dass die ehrenamtlich aktiven Gewerkschaftsmitglieder als wichtige Träger der innerparteilichen Willensbildung verschwunden sind.

Der Parteivorsitzende Kurt Beck hat zu Beginn seiner Vorstandperiode zu eine umfassenden Mitgliederwerbekampagne auf den Weg gebracht. Bis zum Bundesparteitag 2007 will die SPD Zehntausende Neumitglieder aufnehmen, der Zwischenbefund am Ende des ersten Vierteljahres zeigt keine Umkehrung des Nativtrends. Pro Jahr treten derzeit zwischen 13 000 und 20 000, vor allem junge Menschen der Partei bei. „Das reicht aber bei weitem nicht aus“, sagt SPD-Generalsekretär Heil. Noch immer sei die Anzahl der Austritte und Todesfälle höher. Bis zum ordentlichen Bundesparteitag 2007 ist die Mitgliederkampagne angelegt. Um die Anzahl der SPD-Mitglieder bis 2007 konstant zu halten, sind 57.000 Neueintritte vonnöten. Von den hauptamtlichen Funktionären wird die Debatte ums neue Grundsatzprogramm als eine Riesenchance gesehen, an neue Mitglieder zu kommen; die praktische Einlösung steht noch aus.

Der Rückgang von parteipolitisch engagierten Bürgern, ein Trend der keineswegs nur auf die Sozialdemokratie begrenzt ist, muss in den Zusammenhang mit einer rückläufigen politischen Partizipation bei Wahlen eingeordnet werden.

Die Stimmung in der Bevölkerung

Die SPD weiß bestätigt aus eigenen Untersuchungen den allgemeinen Befund: „Der rasante ökonomisch-soziale und politisch-kulturelle Wandel erzeugt bei Teilen der Bevölkerung Unsicherheit, Unzufriedenheit, Zukunftsängste und Politikverdrossenheit.“(Neugebauer 2007, 28) Sicherlich gibt es auch Gewinner des gesellschaftlichen Strukturwandels; auch die SPD kommt aber um die Schlussfolgerung nicht herum, dass die negative Bewertung bei der Mehrheit der Bevölkerung überwiegt. Die Ängste vor einem sozialen Abstieg und der ausgeprägte Vertrauensverlust in das politische System sind keineswegs – wie die aktuelle Debatte nahe legen könnte – auf bestimmte Wählersegmente, wie z.B. >abgehängtes Prekarität, Autoritätsorientierte Geringqualifizierte und >bedrohte Arbeitnehmermitte<, beschränkt. In den aktuellen Untersuchungen der Ebert-Stiftung wird als dominante gesellschaftliche Grundstimmung eine breite Verunsicherung konstatiert. Die wichtigsten Indikatoren . (Vgl. dazu Neugebauer 2007, 28) sind

- 63 Prozent der Wahlbevölkerung machen die gesellschaftlichen Veränderung Angst;
- 59 % geben, an sich derzeit finanziell einschränken zu müssen
- 49 % befürchten ihren Lebensstandard nicht halten zukönnen
- 61 % meinen, es gibt keine Mitte mehr, nur noch eine Oben und Unten
- 56 % meinen, egal welche Partei man wählt, ändern tut sich doch nichts
- 87 % sehen die Familie als wichtigen Rückhalt, deutlich abgesetzt nimmt aber auch eine individualisierte religiöse Überzeugung an Bedeutung zu.

Mindestens von der Selbsteinschätzung der Bürger überwiegt die Unzufriedenheit und ein Zukunftspessimismus. 46 Prozent der Wahlbevölkerung registrieren eine Verschlechterung ihres Lebensstandards in den letzten Jahren und hegen entsprechend düstere Erwartungen für die zukünftige Entwicklung. Zugleich sind die Hoffnungen auf eine positive Veränderung durch die Politik gering. Neugebauer fasst die neueren Untersuchungen wie folgt zusammen: „Insgesamt ist die Grundstimmungderzeit vor allem durch Unsicherheit, Ängste und Zukunftssorgen gekennzeichnet, und es besteht eine große Sensibilität gegenüber der wachsenden sozialen Ungleichheit und gegenüber der Undurchlässigkeit der Gesellschaft. Gerade die unteren sozialen Schichten rechnen sich kaum noch Aufstiegschancen aus...Die Politik wird alles in allem miserabel beurteilt.“(Neugebauer 2007,46)

Auch auf der Ebene der praktischen Politik lässt die Unterstützung durch die Wahlbevölkerung im Vergleich zu früheren Entwicklungsphasen der Bundesrepublik Deutschland deutlich nach. Die große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD hat zwar in den Medien eine Debatte über die Sozialdemokratisierung der bürgerlichen Parteien hervorgebracht, in der Wählerzustimmung hat die Sozialdemokratie nicht punkten können. Die Sozialdemokratie hat seit der Bundestagswahl an politischer Zustimmung verloren. Im September 2005 erreichte sie einen Stimmenanteil von 34,2%; Anfang 2007 liegt sie in Umfragen um 30%.

Die Parteiführung zeigt erkennbar Schwierigkeiten mit dem verstärkten politischen Niedergang umzugehen. Trotzig wird die Agenda 2010 als Erfolgsgeschichte präsentiert: der Parteivorsitzende Beck stellt fest: „Der wirtschaftliche Aufschwung ist unser Aufschwung“ („Bild“-Zeitung vom 19.3.2007) . "Erst die Reformen der Regierung unter Gerhard Schröder haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir wieder auf dem Weg nach oben sind." Nur eine kleine Minderheit um den AFA-Vorsitzenden Schreiner fordert einen Kurswechsel ein, weil die Unzufriedenheit in den Wählergruppierung der SPD und der Mitgliedschaft immer größer werde. Fassungslos wird in Teilen der Gewerkschaft die Fortführung des politischen Kurses registriert: die große Koalition erhöht die Mehrwertsteuer, kürzt die Pendlerpauschale, hebt das Rentenalter an, laviert beim Mindestlohn und verteilt Steuersenkungen in Milliardengröße an die Unternehmen und Vermögenden. Obwohl diese Diskrepanz zwischen den Wertorientierung eines Großteils des Wählerklientel der SPD und der Politik aufgeklärt ist, wirft Beck den Meinungsforschungsinstituten vor, die Umfragewerte für die SPD übertrieben schlecht darzustellen. "Ich mache keinen Hehl daraus, dass die Umfragen besser sein könnten. Was manche Institute da aber an Horrormeldungen in die Welt setzen, hat mit der Wirklichkeit wenig zu tun." (Bild vom 19.3.2007)

Die empirischen Befunde aus den empirischen Untersuchungen könnten eine deutliche Handlungsanleitung sein. Durch die Tendenz der Stärkung der leistungslosen Einkommen (Bonus für Manager, Dividenden, Vermögenseinkommen) wird der zentrale Wert der sozialen Marktwirtschaft >Leistungsgerechtigkeit< beschädigt. Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit stehen hoch im Kurs. „Dies gilt nicht nur für die unteren sozialen Schichten, sondern auch für die mittleren und gehobenen Segmente.“(Neugebauer 2007,66) Weil sich die deutsche Gesellschaft in einem Wandel befindet und sich vor einem Berg ungelöster Probleme gestellt sieht, könnte in einem Grundsatzprogramm auf diese Konstellation reagiert werden. „Die Bürger (sind) verunsichert und hinsichtlich ihrer Zukunft pessimistisch eingestellt. Daneben bestimmen Angst vor Armut sowie vor sozialem Abstieg die gesellschaftliche Stimmung.“(Neugebauer 2007,140) Aber die

Sozialdemokratie belässt es – wie noch zu zeigen ist - bei einem Versuch, die positiven Chancen herauszukehren.

Zweidrittel-Gesellschaft ?

Vor diesem Hintergrund und der unter Parteiaktivisten angelaufenen Debatte über ein neues Grundsatzprogramm proklamiert der SPD-Vorsitzende Kurt Beck einen Richtungswechsel. Die SPD müsse die Absicht der Integration und die Wiederherstellung der Möglichkeit des sozialen Aufstiegs in das Zentrum ihrer Politik rücken. Die Sozialdemokratie habe jene Bevölkerungsschichten zu wenig beachtet, die die »Werte schaffen«, d.h. die Leistungsträger der modernen kapitalistischen Gesellschaft. »Das sind die 40 bis 50% in der Mitte der Gesellschaft... In den Mittelschichten macht sich zunehmend Unsicherheit breit, Lähmendes anstelle von Anspornendem... Der erfolgreiche Facharbeiter oder Angestellte ist genauso Leistungsträger wie der Selbstständige oder Ingenieur. Das sind auch unsere Klientel, um die müssen wir uns wieder stärker kümmern.«

Beck schließt mit dieser Argumentation an die These einer dreigeteilten Schichtung der Gesellschaft an, die vor Jahren von dem SPD-Politiker Peter Glotz populär gemacht worden war. Diese Vorstellung von sozialer Schichtung hatte sich kritisch aus der Theorie der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« heraus entwickelt, die in den ersten Nachkriegsjahrzehnten das gesellschaftliche Leben geprägt haben soll. Deren These war, dass im so genannten »goldenen Zeitalter« von Massenproduktion, -konsumtion und -kommunikation die Klassengesellschaft des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts aufgehoben worden sei. Schon dieses Bild war mystisch verklärt. Denn in den 1950er und 1960er Jahren bedeutete die Dominanz des männlichen Normalarbeitsverhältnisses massive geschlechtsspezifische Schranken für Frauen in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen; nur ein geringer Teil mit einem spezifischem sozialen Hintergrund erreichte einen höheren Bildungsgrad und eine entsprechende Qualifikation der Arbeitskraft. Schließlich war das System der sozialen Sicherheit immer noch im Aufbau begriffen.

Spätestens in den 1980er Jahren war die Erwartung, dass Wohlstand für jeden möglich wäre, der leistungswillig und bildungsbereit sei, verfolgen. Die Konzeption der Zweidrittel-Gesellschaft läuft darauf hinaus, dass das untere Drittel an sozialem Aufstieg und gesellschaftlichem Reichtum nur noch begrenzt partizipieren könne, dass gleichwohl politische und soziale Stabilität in den darauf aufbauenden zwei Dritteln gewährleistet seien.

Schon in den 1990er Jahren stellt sich Erwartung als unreal heraus: Das Bild von der Zwei-Drittel-Gesellschaft gibt die gesellschaftliche Realität längst nicht zutreffend wieder. Die verfügbaren durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen (arithmetisches Mittel) der privaten Haushalte sind in Deutschland nominal von monatlich 946 E im Jahr 1991 auf 1416 E im Jahr 2005 gestiegen. Rund 10,6 Millionen Menschen, darunter 1,7 Millionen Kinder unter 16 Jahren leben in Armut. Über 60 Prozent der Bevölkerung haben maximal das Äquivalenzeinkommen zur Verfügung. Diese Mehrheit der Bevölkerung hat in den letzten beiden Jahrzehnten deutliche Abstriche an ihrem Lebensstandard zu verarbeiten gehabt. Der nach wie vor wachsende gesamtgesellschaftliche Wohlstand und Reichtum verschwindet in den Haushaltskassen und der Lebensführung des obersten Zehntels. Auch die unteren sozialen Sichten sind bunt: Wir finden hier eben nicht nur die Ausgegrenzten und

Marginalisierten, sondern hier findet sich ein rasch wachsender Anteil von Lohnabhängigen, der am Markt keine existenzsichernden Einkommen mehr durchsetzen kann. Auch die soziale Schichten der »Mitte« sehen sich durch die ökonomische Unsicherheit zunehmend bedroht, verfallen allerdings dem Mythos, durch entsprechende Haushaltsreserven ein »kleines« Vermögen für die Alters- und Zukunftssicherung auf den Finanz- und Vermögenmärkten aufbauen zu können. Die schon im »goldenen Zeitalter« des Rheinischen Kapitalismus nur begrenzte Teilhabe auch der unteren sozialen Schichten am gesellschaftlichen Reichtum ist längst von einer einseitigen und steuerpolitisch verstärkten Aneignung der Reichen und Besitzenden abgelöst worden. In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts verdichten sich die Symptome einer Krise des Kapitalismus: Der charakteristische Zusammenhang von hoher Produktivitätsentwicklung, sozialstaatlicher Modifikation der Verteilungsverhältnisse und der Entwicklung pluralistischer Lebensverhältnisse löst sich auf. Dem Korporatismus der späten fünfziger und sechziger Jahre unterlag ein Klassenkompromiss zwischen Kapital und Arbeit, der von einem unterstützenden Interventionsstaat moderiert wurde. Die Tendenz zur Verschiebung der Lohneinkommen zu den Kapital- und Vermögenseinkommen resultiert aus der zunehmenden Arbeitsproduktivität und Kapitalintensität. Das Sinken der Lohneinkommen ist eine langfristige Tendenz, insofern war allen Stagnationstheoretikern in der Tradition des Keynes'schen Denkens klar, dass die Prosperität der Nachkriegszeit begrenzt war; es mussten die Verteilungskonflikte und die Frage nach der Vorherrschaft der Finanzmärkte wieder auf die Tagesordnung kommen. Es hat mittlerweile ein Umschlag stattgefunden: Der Produktivitätszuwachs wurde früher als ein Flutwelle angesehen, die alle Boote nach oben trägt, also von der - bei bestehenden sozialen Unterschieden- alle Haushalte partizipieren ; heute müssen mehr als die Hälfte der Bevölkerung immer kräftiger rudern und kommen doch nicht vorwärts, während die großen Boote davon rauschen. Der Traum vom sozialen Aufstieg ist in der Tat – soweit hat Kurt Beck Recht – weitgehend eine Illusion. Kommt in dem Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm diese Kernproblematik – soziale Schließung , massive Zukunftsängste großer Teile der Bevölkerung und politische Handlungsperspektiven – zum Ausdruck ?

Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

Nach der Meinung der Programm-Autoren ist die Tendenz der sozialen Polarisierung und der Verfestigung gesellschaftlicher Armut das Ergebnis der Jahrhunderttrends (Globalisierung, demographischer Wandels und wissensbasierte Ökonomie) und des Unvermögens der Politik, diese Dynamik aufzufangen. Bei der Bestimmung der Gründe für den Epochenbruch finden sich die üblichen Hinweise auf Globalisierung der Ökonomie, die ökologische Bedrohung, die demographische Entwicklung sowie technologische Revolution und die wissenschaftliche Entwicklung. Herausgehoben werden muss, dass aber auch die gewaltigen Verschiebungen in der Wertschöpfung der Unternehmen benannt werden. Die Vermittlungen unter diesen Faktoren blieben unscharf, was aber für ein Grundsatzprogramm die Regel sein dürfte. Entscheidend die Betonung der Widersprüchlichkeit der Entwicklung, was eine politischen Gestaltung unverzichtbar macht, wie Beck unterstreicht: „Die Herausforderungen und die Chancen der Globalisierung, des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts, der Umbrüche in der Arbeitswelt und des demographischen Wandels – sie prägen unser neues Grundsatzprogramm. Ich weiß, dass viele Leute heute schon zufrieden sind, wenn ihre soziale Lage sich nicht noch

verschlimmert. Das ist mir zu wenig...Wir müssen .. auf die Chancen im Wandel setzen und sie nutzen.“(Beck 2007,15)

Thomas Meyer, Herausgeber und Chefredakteur der SPD-nahen Theoriezeitschrift, relativiert die Bedeutung eines Grundsatzprogramms: „Der politische Wert eines Parteiprogramms liegt ja nicht in der brillanten Gesellschaftsanalyse oder dem konsequenten Modellentwurf aus einem Guss...Der Sinn eines politischen Programms ist die Synthese,...um Mehrheiten möglich zumachen,...(und) um Profilschärfe zu behalten.“(Meyer 2007,51) Gerade wenn man diese Kriterien akzeptiert, ist gleichwohl kritikwürdig, dass die SPD die Chancen im gesellschaftlichen Wandel stark betont und damit den Risiken oder Fehlentwicklungen nicht die unverzichtbare Aufmerksamkeit widmet.

Die SPD gibt sich nicht der Illusion, dass die Potentiale der kapitalistischen Wertschöpfung im 21. Jahrhundert an sich segensreich seien. Die Verunsicherung bei vielen Menschen ist groß, Tendenzen der sozialen Spaltung nicht zu übersehen und die Gefahr einer verfestigten Ausgrenzung der unteren sozialen Schichten ist real. Die SPD rechnet zwar Deutschland zu den Gewinner der Globalisierung, aber nicht jeder Bürger in unserem Land habe gewonnen. Sieht man genauer hin, dann gibt es einen beträchtlichen Teil von Verlierern und einen weiteren Bereich von vielen Verunsicherten. Als Gründe für die Fehlentwicklung werden benannt:

1. „Die wirtschaftliche Macht konzentriert sich in global agierenden Unternehmen...Multinationale Konzerne planen ihre Gewinnstrategien weltweit, unterlaufen demokratische Aufsicht und erzwingen politische Entscheidungen auf Kosten der Gesellschaft.“(5)
2. „Unsere Arbeitsgesellschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel.“(6) Für diese Entwicklung zeichnen der Strukturwandel zu einer wissensbasierten Ökonomie, global ausgerichtete Wertschöpfungsketten und der verschärfte Wettbewerb des Kapital verantwortlich.
3. Dem Finanzkapital erschließen sich durch die Integration neuer Märkte und neuer Technologien immense Renditemöglichkeiten. Die Logik des schnellen Profits und überzogener Renditeforderungen führt allzu oft dazu, dass langfristige Investitionen in neue Arbeitsplätze ausbleiben. Diese Form der Globalisierung droht die Gesellschaft zu spalten: in jene, die mit ihrem Vermögen auf den Finanzmärkten profitieren und jene, die die Folgekosten zu tragen haben.“(Bremer Entwurf 6)

Es gibt keinen Weg zurück in die Ära der alten Industriegesellschaft und in den Nationalstaat des 20. Jahrhunderts, insofern richtet die SPD zurecht den Blick nach vorn. Die SPD präsentiert sich als Partei der Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft und der nachhaltigen Wertschöpfung. Über diese Programmatik soll eine neue Balance zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zielen hergestellt werden. Wesentliche Bedingung für die Wende zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise ist der Übergang zum vorsorgenden Sozialstaat. Beck erläutert: „Wir wollen das Primat der Politik, nicht blinden Marktradikalismus. Als Sozialdemokraten wählen wir die soziale Marktwirtschaft, denn sie ist dem zügellosen Kapitalismus überlegen.“(Beck 2007, 16)

Die politische Konzeption der neuen Wertschöpfung und des vorsorgenden Sozialstaates soll die Balance der zentralen Zielsetzungen herstellen – qualitatives Wachstum, Ausweitung von regulärer, d.h. existenzsichernder Erwerbsarbeit, Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand für aller (inklusive sozialem Aufstieg) und

Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. „Wir entwickeln eine Wirtschaftspolitik, die an einer langfristigen Wertschöpfung orientiert ist und die soziale Marktwirtschaft erneuert. „(Beck 2007, 15) Diese Wirtschafts- und Gesellschaftspolitische Konzeption zur neuen Wertschöpfung und des vorsorgenden Sozialstaates soll im folgenden weiter verfolgt werden.

Fesselung des Kapitals und Dienstleistungsarbeit

Die Sozialdemokratie lokalisiert den beschleunigten Umbau der Ökonomie im Zusammenhang mit der Differenzierung der weltwirtschaftlichen Arbeitteilung und dem Export der nationalen Wertschöpfung. Trotz der hohen Leistungskraft der deutschen Unternehmen im Export bleiben Investitionen zu gering, um Vollbeschäftigung herzustellen. In der Ausrichtung auf Innovation und hohe Exporte nehmen die Finanzmärkte nach Einschätzung der SPD eine wichtige Vermittlungsrolle ein. Die Ambivalenz des Wirkens der Finanzmärkte wird nicht näher beleuchtet, sondern positive und negative Seiten nebeneinandergestellt: „Ein stabiler und gut funktionierender Finanzmarkt ist unverzichtbar für die moderne, global integrierte Volkswirtschaft, weil dort das notwendige Kapital für Unternehmen zur Verfügung gestellt wird. Die Finanzdienstleistungsbranche in Deutschland gehört außerdem selbst zu den größten Arbeitgebern....Wo Finanzmärkte übertriebene und lediglich kurzfristige Renditen realisieren, werden langfristige Wachstumsstrategien von Unternehmen gefährdet und somit Arbeitsplätze vernichtet. Gesamtwirtschaftliche Krisen...müssen vermieden werden.“(Bremer Entwurf 44)

Sicher ist ein Grundsatzprogramm nicht der privilegierte Ort, um eine Analyse der Finanzialisierung der modernen kapitalistischen Ökonomie auszubreiten. Aber das zur Kritik Anlass gebenden Agieren der Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften mit ihren exorbitant hohen Eigenkapitalrenditen müsste insoweit untersucht werden, dass die vorgeschlagene Regulierungspolitik nachvollziehbar wird. Zurecht unterstreicht der SPD- Finanzpolitiker Poss: „Überzogene Renditeforderungen von Investoren und eine Fixierung auf kurzfristig zu erzielenden ökonomischen Erfolg sind Phänomene, die unbedingt kritisch zu sehen sind.“(Poss 2007,77)

Für das Agieren der neuesten Akteure auf den Finanzmärkten gibt kaum international gültige Regeln. Auf der anderen Seite sind diese Phänomene nicht vom Himmel gefallen. Der sozialdemokratische Ex-Kanzler Schmidt verweist auf eine längerfristige Entwicklungstendenz: „Seit in den 1970 er Jahren die ersten größeren Währungsspekulationen begannen, hat sich ein Hang zu finanzieller Spekulation über viele Felder ausgebreitet.“(Schmidt 2007,23) Weil die Einschätzung zutreffend ist, dass nicht nur den Staatsbürgern, sondern auch den Politiker an Überblick fehlt und dass andererseits das Bedrohungspotential von Finanzkrisen unübersehbar ist, müsste in einem Grundsatzprogramm eine Gegenstrategie und die dazu gehörige Begründung erkennbar sein. Die SPD relativiert diesen Mangel: „Die Diskussion, wie Werte und Ziele einer sozialen Marktwirtschaft mit den Spielregeln globaler Finanzmärkte in Einklang gebracht werden kann, befindet sich noch am Anfang. Einfache Antworten sind nicht möglich.“(Beck, K. u.a. Naue Werte schaffen 2006, 13) Poss wird mit Blick auf die Bedeutung der Finanzdienstleistungen für das Nationalprodukt und die damit verbundenen Arbeitsplätze noch deutlicher: „Zwar kommt die Regierungs-SPD nicht umhin, sich in gewissem Ausmaß auf die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse einzulassen, die sie eigentlich verändern will. Leitlinie ... muss aber bleiben, weiterhin den Kapitalismus dort zu

kritisieren und dort auf seine Regulation hinzu arbeiten, wo er zu Ergebnissen führt, die mit den Grundwerten der SPD nicht vereinbar sind.“(Poss 2007,81)

Die Aufgabe, die risikoreiche Finanzialisierung der Globalökonomie zu regulieren, bleibt in der aktuellen politisch-programmatischen Konzeption der SPD unzureichend bestimmt. Zum einen geht es dabei um den Handlungsrahmen von Hedge-Fonds und PE-Gesellschaften; darüber hinaus müsste das massive Ungleichgewicht im Welthandels und Weltwährungssystem angesprochen werden; schließlich geht es um eine Politik in Richtung einer ausgewogeneren Einkommens- und Vermögensverteilung.

Den zweiten zentralen Aspekt der Vollbeschäftigung und der Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft sieht die SPD in einer Beschäftigungsdynamik im Dienstleistungsbereich, sowie einer durch den vorsorgenden Sozialstaat unterstützenden Arbeits-, Bildungs- und Familienpolitik. „Nicht alle Arbeitsplätze in Deutschland stehen gleichermaßen im internationalen Wettbewerb. Dienstleistungen für Menschen in Bildung und Gesundheit, lokalem Handwerk, privaten Haushalten und sozialen Diensten bergen aber die größten Beschäftigungspotentiale. Um sie zu erschließen, brauchen wir mehr öffentliche und private Nachfrage nach diesen Dienstleistungen.“(Bremer Entwurf 41) Die unter den Imperativen der Finanzmärkte erzwungene Konzentration auf das Kerngeschäft, betriebswirtschaftliche Dezentralisierung und Verminderung der Fertigungstiefen, bringt weder für den industriellen Sektor noch für den Dienstleistungsbereich ein zukunftsweisende Beschäftigungsdynamik hervor. Gewinne sind für die Dynamik der Kapitalakkumulation unverzichtbar. Doch im Finanzmarktkapitalismus werden Profite, Realinvestitionen und Beschäftigung tendenziell entkoppelt. Für die Abflachung der Zuwachsraten des Wirtschaftswachstums werden die soziale Sicherheit und die tariflichen Rechte der Arbeitenden verantwortlich gemacht.

Auch im Bereich der Expansion der Dienstleistungen lässt die SPD die Entscheidung über die Ausgestaltungsrichtung in der Schwebe. Durchgesetzt hat sich in den kapitalistischen Kernländern eine Gesellschaftspolitik, die die öffentlichen Dienstleistungen zurückfährt und den wirtschaftlich gut situierten Haushalten durch Steuersenkungspolitik größere Handlungsspielräume verschafft. »Die Politik des billigen Geldes, erhebliche Steuererleichterungen zum Beispiel bei der Immobilienfinanzierung, und eine Gesetzgebung, die äußerst freizügige private Kreditvergabe ermöglicht, haben die Kaufkraft der Haushalte immens gestärkt. Es sind in diesen Ländern vor allem die Haushalte der Mittelschichten, die über steigende finanzielle Spielräume verfügen. Diese Einkommen aber (...) sind dienstleistungsfreundlicher als Transfereinkommen.« (Christ 2007) Es gibt mithin für eine gesellschaftlich-politisch gewollte Expansion eines Dienstleistungssektors eine klare Alternative:

- Entweder die Politik eines deregulierten, verschlankten öffentlichen Sektors und der Stärkung der Haushaltseinkommen der Mittelschichten oder aber
- Expansion eines öffentlich finanzierten Sektors (Gesundheit, soziale Sicherheit, Bildung) mit einer entsprechender Steuerpolitik. Schon jetzt gibt es allein in der Krankenversorgung und der gesundheitlichen Betreuung fünfmal so viel Beschäftigte wie in der Automobilindustrie.

Die SPD will Ausweitung der haushaltsbezogenen Dienstleistungen und insofern plädiert sie für die Stärkung der Haushaltseinkommen der privaten Haushalte, die auf solche Angebote zurückgreifen wollen. Andererseits setzt sich für eine stärkere Steuerfinanzierung von Dienstleistungen ein, weil dies mit einer Professionalisierung

verbunden sein kann; zugleich verweist sie aber auf die Schranken der öffentlichen Finanzen.

Vorsorgender Sozialstaat

Das neue Leitbild des vorsorgenden Sozialstaates zielt auf die Expansion Existenz sichernder Erwerbsarbeit und die Erhöhung des individuellen kulturellen Kapitals zur Bewältigung der existenziellen Herausforderungen im modernen Kapitalismus. „Das Konzept des vorsorgenden Sozialstaates versteht sich als eine politische Antwort auf die Leistungs- und Legitimationskrise des nachsorgenden Sozialstaates.“(Schroeder 2007,69) Hinter der These von der Leistungs- und Legitimationskrise steckt wiederum der Strukturwandel im modernen Kapitalismus: Mit dem Übergang zum Shareholder Kapitalismus erodieren die finanziellen Fundamente von sozialer Sicherheit und öffentlichen Dienstleistungen, weil sie überwiegend auf Abzügen des Lohneinkommens basiert waren. Andererseits führt die unzureichende Beschäftigungsentwicklung und der Druck auf die Arbeitseinkommen zu einer intensiveren Inanspruchnahme des überlieferten Sozialstaates. Die Schere zwischen Erosion der Finanzen und Anforderungen nach höherer Leistung muss aufgelöst werden. Der Parteivorsitzende Beck kommentiert: „Die Zahl derer, die ihren Lebensunterhalt durch Erwerbseinkommen bestreiten ist stark zurückgegangen. Im Jahr 2004 waren es nur noch 39 Prozent der Gesamtbevölkerung. Alle anderen erhielten Unterhalt durch Angehörige, Renten und Pensionen, Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe; einige leben freilich von großen Vermögen....(Das Einkommen aus Arbeit) darf im Vergleich zu Einkünften aus Kapital nicht abtehängt werden....Während in den letzten Jahrzehnten die Einkommen aus Arbeit um das Vierfache gewachsen sind, stiegen die Einkommen aus Kapital und Vermögen um das Vierzehnfache.“(Beck 2007,14)

Unstrittig sollte sein: im modernen Finanzmarktkapitalismus ist die Lohnarbeit in der Defensive und daher funktioniert der Sozialstaat als Einrichtung zur Korrektur von Missständen aus den Markt- und Verwertungszusammenhängen nur mehr begrenzt. Wenn der Sozialstaat und die für ihn charakteristischen Dienstleistungen unter dem Erosionsdruck der Finanzen anhaltend zurückgefahren werden, verschärft sich die Fehlentwicklung in der Einkommensverteilung, die soziale Ausgrenzung und die Verfestigung von Armut. Der Ausbau des Gebührensprinzips für die öffentlichen Dienstleistungen liefert keine durchgreifende Sanierung der Leistungs- und Legitimationskrise. Eine weitere Erhöhung der Belastung der unter Druck stehenden Lohneinkommen würde die Legitimationskrise verschärfen. Folglich bleibt nur eine Expansion der Besteuerung der Einkommen aus Kapital und Vermögen. Dennoch: In ihrem Grundsatzprogramm und der unterliegenden Politik entscheidet sich die Sozialdemokratie dafür, die Vorherrschaft von Kapital und Vermögen anzuerkennen und durch eine Mixtur von Begünstigung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte, wachsende Eigenvorsorge für Existenzsicherung (Rente, Krankheit, Arbeitslosigkeit) und Gebühren (Bildung) zu ergänzen. Diese Konzeption ist nicht tragfähig, den durch die wachsende Finanzialisierung gefährdeten Leitgedanken von >Leistung gegen Teilhabe< zu ersetzen. Die Konzeption der >neuen Wertschöpfung< trägt nicht

- weil der Ordnungsrahmen für die Ausgestaltung von eigentumsrechten (Fonds etc.) zu unbestimmt bleibt und die Tendenz zur Gewichtsverlagerung in Richtung von Kapitaleinkommen nicht beendet;

- weil auf dieser Grundlage die Beschäftigungsdynamik unzureichend bleiben wird,
- und weil das Leitbild des vorsorgenden Sozialstaates keine Aufhebung der Leistungs- und Legitimationskrise bei sozialer Sicherheit und öffentlichen Dienstleistungen darstellt.

Insgesamt kann der Unterschied dieser Konzeption gegenüber den neoliberalen Konzeptionen im bürgerlichen Lager nicht bestritten werden. Aber es ist eben keine Konzeption der Steuerung und Regulierung des gesellschaftlichen Reichtums. Die Sozialdemokraten fassen zusammen: „Wir setzen auf bessere Produkte und Dienstleistungen – nicht auf billigere Löhne. Und wir setzen auf langfristiges Wachstum- nicht auf kurzfristigen Profit. Das ist für uns eine „Angebotspolitik von links.“(Beck u.a.2006,3) Schon der frühere Parteichef und damalige Bundeskanzler Schröder hatte – in Kooperation mit den britischen Labourvorsitzenden Blair- die Herausforderung der Epochenwende in das Zentrum des politischen Handelns gerückt . Die SPD müsse den Zersetzungsprozess des Rheinischen Kapitalismus aufgreifen und mit einem neuen Gesellschaftsvertrag beantworten. In der Konsequenz hat die rotgrüne Regierungskoalition viele regulierende Strukturen der sozialen Marktwirtschaft aufgehoben, was die enorme Verunsicherung vieler Menschen zur Folge hatte. Der innerparteiliche, gewerkschaftliche und allgemein gesellschaftliche Widerstand gegen die Agenda 2010 spielt in der neuen Kursbestimmung überhaupt keine Rolle; daher haben die führenden Politiker der SPD weder einen Blick für die Zerstörung der Sozialdemokratie als Volkspartei noch für die Konsequenzen der sozialen Fehlentwicklung in der Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Weder die These von der Epochenwende noch das konzeptionelle Angebot einer Angebotspolitik von links sind neu. Diese Konzeption hatte bereits die Politik der Agenda 2010 der rotgrünen Regierungskoalition bestimmt. Die SPD erweckt mit ihrem Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm den Anschein, dass sie aus den gesellschaftspolitischen Entwicklungen der Zerstörung des >Rheinischen Kapitalismus< keine Schlussfolgerungen ziehen muss.

Die SPD will die Idee der sozialen Gerechtigkeit und damit die soziale Marktwirtschaft grundlegend erneuern. In einer Zeit, in der die Lohnabhängigen vom Zuwachs am gesellschaftlichen Produkts kaum mehr partizipieren, läuft eine solche Politik darauf hinaus, die leistungslosen Einkommen (d.h. Einkommen auf Vermögenstitel) zu beschränken. Die Vorschläge im Bremer Entwurf lassen freilich nicht erkennen, dass die Sozialdemokratie in diese Richtung gehen will. Die gesellschaftliche Mitte ist durch die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte zerstört worden . Die Härte der Verteilungsauseinandersetzungen ist keine ideologische Erfindung. Das Dilemma der Sozialdemokratie liegt darin begründet, dass sie die gesellschaftliche Interessenkonstellation nicht wahr haben will. Wer die Herausforderung der neoliberalen Umverteilungspolitik nicht anerkennt, der wird schritt um Schritt auf die Seite der wirtschaftlichen Elite und der Vermögenden abrutschen. Die untere Hälfte der Gesellschaft will nicht beständig auf Abstriche am Lebensstandard verpflichtet werden, ohne Aussicht auf eine sozialgerechte gesellschaftliche Ordnung.

Dahrendorf hatte Anfang der achtziger Jahre angesichts eines sozial regulierten Kapitalismus vom Ende des sozialdemokratischen Zeitalters gesprochen. Kritisch interpretiert bedeutet die Formel vom „Ende des sozialdemokratischen Zeitalters, dass der Politik der sozialen Verteilung zumindest eines Teils kapitalistischer

Wohlfahrtsgewinne beginnend mit der weltweiten Wirtschaftskrise 1974/75 der Boden unter den Füßen weggeschlagen wurde. Die Hegemonie der Sozialdemokratie schlug um in "eine ernstzunehmende moralische Identitätskrise der wichtigsten Organisationen der westeuropäischen Linken" (Anderson 1994: 2). Es kennzeichnete die historische Niederlage der späten 70er und frühen 80er Jahre, dass die Linke im Westen insgesamt nicht in der Lage war, erfolgreich Massenbewegungen gegen Massenarbeitslosigkeit, wachsende Armut und Umweltzerstörung zu führen, obgleich doch hierin gerade die immanenten Widersprüche kapitalistischer Entwicklung deutlich an die Oberfläche treten. 1987 plädierte Scharpf für eine Anpassung der europäischen Sozialdemokratie an die neoliberale Großwetterlage: „Für die absehbare Zukunft jedenfalls hat die Sozialdemokratie nur dann eine Chance der wirtschaftspolitischen Gestaltung, wenn sie die ganze Härte der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und damit die Grenzen ihrer binnenwirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten ausdrücklich akzeptiert – aber sie verdient diese Chance auch nur, wenn sie an den Zielen des demokratischen Sozialismus auch unter Bedingungen festhält, in denen diese nur als >Sozialismus in einer Klasse< verwirklicht werden können.“(Scharpf 1987, 335) In den neunziger Jahren hat die europäische Sozialdemokratie die Chance wahrgenommen; Mitte der neunziger Jahre waren die meisten europäischen Länder sozialdemokratisch regiert; die Sozialdemokratie hat dem Aktionärs- oder Finanzmarktkapitalismus zum Durchbruch verholfen und folglich die Formel vom Sozialismus in einer Klasse praktisch wahr gemacht. Die Konsequenz dieser politischen Konzeption war die Verschärfung und Verfestigung der sozialen Spaltung und eine Begünstigung der Legitimationskrise der Partei, aber auch der Politik insgesamt.

Ausweg aus der Krise ?

Hinter der Beck'schen Forderung nach Rückorientierung auf die Leistungsträger steht die Überlegung, dass man der latenten Staatsfeindlichkeit in der Mitte Rechnung tragen und hier die Abgabenlast mindern sollte, was zugleich einschließt, dass die Sozialleistungen für die unteren sozialen Schichten beschränkt und nicht mehr ohne Gegenleistung abgegeben werden sollten. Damit verabschiedet sich die SPD weiter von ihrem früheren »bürgergesellschaftlichen« Appell an die »neue Mitte«, gerade mit ihrer Leistungsfähigkeit eine mögliche Politik sozialer Inklusion zu unterstützen und damit den Entsolidarisierungsprozessen einer Gesellschaft der bloßen Vermögensbesitzer und Leistungsstarken entgegenzusteuern.

Im Unterschied zu den Spitzenfunktionären der Sozialdemokratie der letzten Jahren bestreitet Beck die Krise Partei nicht. »Die SPD soll wieder Hoffnungsträger für viele Menschen werden – nicht nur für diejenigen, die Unterstützung brauchen, sondern für alle, die an einer gerechten, forschungsorientierten und technologiefreundlichen Gesellschaft interessiert sind. Wirtschaft und Ökologie sind unsere Themen.«

Innerhalb der Sozialdemokratie findet diese Initiative des Parteivorsitzenden bei allen Parteiströmungen reichlich Zustimmung. In den Medien dominiert eine eher kritisch-sympathisierende Haltung. Wenn sich die große Volkspartei SPD erneuere, wäre das für die Demokratie positiv; die konkreten Zielvorstellungen seien aber eher enttäuschend. Zurückgewiesen wird die These, dass die Sozialdemokratie sich in der letzten Zeit zu sehr die Interessen des unteren Drittels der Gesellschaft zu eigen gemacht habe; spätestens die Agenda 2010 steht eher für Ausgrenzung. Der

Parteienforscher Franz Walter unterstreicht zu Recht, dass die SPD unter Schröder und seinen kurzweiligen Nachfolgern diesen Schichten nicht »eine einzige neue Chance eröffnet, dafür aber eine Menge materieller Verluste beschert und reichlich Ängste wie Demütigungen bereitet« hat. »Die SPD ist nicht mehr dort am stärksten, wo die Wohnverhältnisse bescheiden bis schlecht sind, die Einkommen besonders niedrig liegen, das Bildungsniveau gering ist. Sondern sie reüssierte überwiegend in den Lebenslagen der Mitte: Bei den mittleren Jahrgängen mit mittleren Bildungsabschlüssen in mittelgroßen Wohngebieten mit einem mittelguten materiellen Auskommen. Und auf diese mittleren Schichten konzentriert sich die SPD nun ganz und gar.« (Walter 2006a)

Die Sozialdemokratie mutierte unter den Bedingungen der Nachkriegsprosperität in eine Partei der gesellschaftlichen Mitte, die freilich zunächst noch einen Blick für die Nöte und die Besonderheiten der Interessenvertretung der unteren sozialen Schichten hatte. Da die oberen sozialen Schichten sich mit der Drohung von Kapitalverlagerung und Steuerflucht faktisch weitgehend Steuerbefreiung erkämpft haben, die unteren sozialen Schichten zunehmend expandieren und immer weniger Chancen auf existenzsichernde Lohnarbeitsverhältnisse haben, steigen die finanziellen Lasten für die sozialen Kategorien der »Mitte«. Die sozialen Unterschichten sind größer und die soziale Spaltung ist insgesamt tiefer geworden; die Arbeitslosen und Ausgegrenzten haben in der sozialdemokratischen Mitte keinen Ort. Die Sozialdemokraten setzen »zuerst auf diejenigen Schichten und Gruppen der Nation, die über hinreichende Ressourcen ... verfügen«. (Walter 2006b)
Genauer: Sie schonen die Unternehmensgewinne und Vermögenserträge der oberen zehn Prozent der privaten Haushalte; um die Belastungen all jener zu begrenzen, die Leistungseinkommen am Markt erzielen, kürzen sie die Transfers für die unteren sozialen Schichten und schränken die öffentlichen Dienstleistungen ein.

Sozialer Aufstieg: Fehlanzeige

Beck verteidigt diesen Umbau des Sozialstaates. Die »Reformen« seien allerdings zu spät angepackt worden. »Die Rettung der Sozialsysteme und die Belebung der Wirtschaft waren nur durch tiefe Einschnitte möglich.« Beck konstatiert weiter: »Die Löhne sind hinter anderen Einkommensarten weit zurück geblieben.« (Walter 2006b)
In der Konsequenz dieser Verschiebung der Verhältnisse und der Einschnitte in das System sozialer Sicherheit hat sich Unsicherheit ausgebreitet. Was Beck noch mehr beunruhigt: Die »Leistungsträger« haben keine Aufstiegschancen in der Gesellschaft und die Bildungschancen ihrer Kinder haben sich dramatisch verschlechtert.

Die ersten Vorschläge zur Verwirklichung der Idee des »Leistung muss sich wieder lohnen« lassen wenig Neues erkennen: kein weiterer Abbau beim Kündigungsschutz, Beitragsfreiheit für Kindergartenplätze und Gebührenfreiheit in den Bildungsinstitutionen; Vermögensbeteiligung für Lohnabhängige; keine weiteren Steuersenkungen und keine Einführung einer Vermögensbesteuerung. Gegen die Shareholder-Revolution und deren Auswirkungen soll die öffentliche Meinung mobilisiert werden.

Auch der SPD-Vorsitzende sinniert über Leistungspflichten der Hartz IV-EmpfängerInnen. Er bestätigt damit die zentrale These der Wahlforschung, dass es einen massiven Bruch zwischen der Sozialdemokratie und den unteren sozialen Schichten gibt. Die sozialdemokratischen »Spitzenleute überbieten sich in absurden

Vorschlägen, wie man die Arbeitslosen auf Trab bringen kann. Insofern haben sich die Sozialdemokraten wirklich, nicht nur habituell, sondern auch politisch und sozial elementar von diesen Gruppen entfernt, die sie früher im Parlament zuvorderst vertreten haben. Es handelt sich hierbei um eine substanzielle, nachhaltige Entkoppelung zweier grundverschiedener, mittlerweile einander zutiefst fremd gewordener Lebenswelten und Interessenlagen.« (Walter 2006a)

Es geht also nicht um eine dynamische Politik der Mitte mit dem Ziel, dass dann auch für das untere Drittel eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen heraus kommt. Faktisch wird der Bereich der unteren sozialen Schichten auch unter den günstigsten konjunkturellen Bedingungen expandieren. Die Ergebnisse der gesellschaftlichen Produktion werden einseitig von einer kleinen Minderheit der Bevölkerung angeeignet. Und politisch: »Die Sozialdemokraten haben, wie es scheint, dieses soziale Feld (der unteren sozialen Schichten) nunmehr freigegeben, haben die Konkurrenz zur Linkspartei um diese Wählergruppe eingestellt.« (Walter 2006a) Was freilich nicht heißt, dass die Linkspartei oder die entstehende Partei der neuen Linken sich im Selbstlauf zum politischen Vertreter dieser enttäuschten WählerInnen entwickelt. Da die SPD aber auch in den Reihen der »Leistungsträger« selbst nicht mehr um das Engagement für eine Politik sozialer Inklusion wirbt, eröffnet sich hier für die neue Linkspartei politisches Terrain, selbst den Brückenschlag zwischen den verschiedenen Segmenten modernisierter Lohnarbeit und den unterschiedlichen Bereichen sozialer Prekarität zu befördern und damit für die Gewerkschaften, die mit denselben sozialen Spaltungen zu kämpfen haben, ein wichtiger Ansprechpartner im politischen Feld zu werden. Weil es aber längst nicht mehr nur um soziale Probleme von Randständigkeit und offenkundiger Prekarität geht, sondern längst eine Mehrheit der Bevölkerung von der gesellschaftlichen Reichtumsentwicklung abgekoppelt wurde, wird die Zukunft des Gemeinwesens in einer Auseinandersetzung um die politische Apathie und die Parteiverdrossenheit entschieden.

Literatur:

Anderson, Perry (1994) Introduction, in: ders./Patrick Camiller (Hrsg.), Mapping the West European Left, London.

Beck, K. 2006a »35 Prozent plus ein dickes X«. in: Stern vom 31.08.2006.

Beck, K. u.a. 2006, Neue Werte schaffen, Berlin

Beck 2007, Wir richtenden Blick nach vorn, die Aufgabe der Sozialdemokratie in unserer Zeit, in Neue Gesellschaft, Heft 1-2

Merkel, W. u.a. 2006, Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie Wiesbaden

Meyer, Th 2007, Als Text nicht schlecht, aber noch kein Programm, in: Neue Gesellschaft Heft 3,

Neugebauer, G. 2007, Politische Milieus in Deutschland, Bonn

Poss, J. 2007, Für richtige Weichenstellungen, in: Neue Gesellschaft heft 1-2,

Scharpf, F 1987 Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt

Schmidt, H. 2007, Beaufsichtigt die neuen Großspekulanten in Die Zeit Nr. 6

Schroeder, W. 2007, Der deutsche Sozialsaat ist besser als ein Ruf, in Neugesellschaft 1-2,

SPD 2007 Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert, Bremer Entwurf, Berlin

Walter, F. 2006a Abkehr von der schlechteren Mitte, Spiegel Online vom 2.09.2006.

Walter, F. 2006b ., Beck und die Mittelschichten. Die Fata Morgana der SPD, Spiegel Online vom 30.8.2006.